

Auszug aus dem Protokoll des Grossen Gemeinderates vom 20. November 2023

191 011.10 Parlamentarische Vorstösse

Senkung der Spiezer Steueranlage von bisher 1.65 auf 1.60 Einheiten / Motion SVP-Fraktion (U. Eggerschwiler)

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Zybach: Die Gemeinde Spiez weist im Vergleich mit anderen Gemeinden im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental eine attraktive Steueranlage auf. Dies kann den Unterlagen entnommen werden, welche dem Antrag beigelegt wurden. Die Steueranlagen sind unterschiedlich und hängen damit zusammen, was die Gemeinden anbieten (Topographie, Anzahl Gebäude, Einwohnerzahl etc.). Andrea Frost bringt es jeweils auf den Punkt, wenn sie sagt, warum man in Spiez lebt – weil es einfach schön ist. Dies ist auch ein Teil, welcher bei den Steuern eine Rolle spielt. Nicht nur was man zahlt, sondern auch was man erhält. Wenn man diese Steuersenkung vornehmen würde, wie dies mit der Motion beantragt wird, hätte man einen Ausfall von jährlichen Mitteln von mindestens CHF 1 Mio. Mit diesem Ausfall müsste man Leistungen und Angebote in der Gemeinde Spiez streichen. Wenn man in einem Jahr hier stehen würde, hätte man eine Million Franken nicht ausgeben dürfen. Auf die nächsten fünf Jahre würden somit CHF 5.6 Mio. fehlen. Man kann pro Jahr rund fünf Millionen Franken investieren. In den Planjahren 2024 – 2029 stehen im steuerfinanzierten Bereich Investitionen von rund CHF 60 Mio. an. In der Motion ist eine Tabelle aufgeführt, welche sich auf den Gesamthaushalt bezieht. Wie beim Budget ausgeführt, gehören in den Gesamthaushalt auch die Spezialfinanzierungen dazu. Wenn man aber von Steuersenkungen oder Steuererhöhungen spricht, spricht man vom allgemeinen Steuerhaushalt. Diese Zahlen kann man deshalb nicht als Basis nehmen, wenn man die Steuern senken will. Auch bei der Selbstfinanzierung muss man vorsichtig sein. Hier müsste man jedes Jahr separat ausrechnen und dann zusammenzählen. Dies ergibt einen etwas tieferen Wert als jener in der Motion. Zusammengefasst hat der Gemeinderat eine klare Haltung. Die Senkung der Steueranlage verursacht Steuerausfälle, welche als zu hoch eingestuft werden. Dies würde für die Gemeinde Spiez heissen, dass einige Projekte nicht ausgeführt und ein Sparprogramm ausgearbeitet werden muss. Der Gemeinderat könnte es sich nun einfach machen und ausführen, was heute beschlossen wird, ist gültig ab der nächsten Legislatur. Von 1.65 auf 1.60 mit den Mindereinnahmen von einer Million ist es zu schaffen. In den letzten Jahren hat man gut gewirtschaftet. Einzig die Selbstfinanzierung hat man nicht hingebraucht. Dies wäre jedoch viel zu einfach. Man steht in einer Verantwortung. Man hatte Glück, dass man in letzter Zeit mit der Bewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens die Rechnung am Schluss noch «schönstrahlen» konnte. Dies sind jedoch keine liquiden Mittel, welche einfach so ausgegeben werden können. Es handelt sich um eine rein buchhalterische Geschichte, die das Resultat verbessert. Man kann nicht mit Liegenschaften neue Investitionen bezahlen. Man muss dafür liquide Mittel haben und diese sind nicht vorhanden. Der GGR hat in dieser Legislatur Aufträge erteilt. Diese betrafen nicht nur Investitionen, sondern auch Aufgaben, welche Ressourcen binden oder externe Fachleute beigezogen werden müssen. Stichwort Netto 0 bis 2040. Dies ist eine Riesengeschichte. Entscheide, welche hier gefällt wurden, nimmt der Gemeinderat ernst und will diese auch realisieren. Dafür werden aber Gelder benötigt, welche vorhanden sind. Der Gemeinderat hat es sich nicht einfach gemacht und ist der Ansicht, dass sich die Gemeinde Spiez weiterentwickeln muss, und zwar nicht sanieren, sondern gestalten. Den nachkommenden Exekutiv- und Legislativmitgliedern und der gesamten Bevölkerung eine Basis hinterlassen, welche «fägt», man zu den Infrastrukturen schaut und sich weiterentwickeln kann. In diesem Sinne wird beantragt, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und die Motion nicht zu überweisen.

Stellungnahme des Motionärs

Urs Eggerschwiler: Die Gemeinde hat gut gearbeitet und die Reserven sind um CHF 7 Mio. gewachsen. Das bedeutet, die Gemeinde hatte mehr Einnahmen als Ausgaben. Es konnten Reserven von CHF 22.5 Mio. gebildet werden. Diese setzen sich aus den Bilanzüberschüssen und den finanzpolitischen Reserven zusammen, Stand Ende 2022. Der Selbstfinanzierungsgrad ist ein wichtiger Messwert und dieser beträgt gerechnet über den Gesamthaushalt 167 %. Man konnte lesen, dass die Ergebnisse einmal durch die höheren Steuereinnahmen und einmal die tieferen Beiträge in den Lastenausgleich sowie immer das nicht ausgeschöpfte Investitionsbudget begründet wurden. Der Gemeinderat argumentiert nun mit den anstehenden Investitionen. Man hat zu wenig investiert und es gibt riesige Pläne von CHF 60 Mio. bis ins Jahr 2029. Wenn man jedoch zurückblickt auf das Investitionsbudget zwischen 2017 – 2022, sieht man was geplant war (Vergleich Budget und Rechnung). Man hat in diesen Jahren CHF 44.8 Mio. eingestellt und Nettoinvestitionen von CHF 25.1 Mio. umgesetzt. Dies ergibt einen Umsetzungsgrad von 56 %. Durch die nicht umgesetzten Projekte wachsen die Reserven. Mit diesen Erfahrungswerten kann man nun weiterrechnen auf die CHF 60 Mio. Wenn man diesen Betrag mit dem Faktor von 56 % multipliziert, ist man nicht mehr bei den CHF 59 Mio. sondern bei CHF 33 Mio., wenn man mit der Umsetzung gleich weiterfährt wie bisher. Die ganzen Berechnungen sehen etwas anders aus mit CHF 33 Mio. Es ist nicht anzunehmen, dass der Selbstfinanzierungsgrad plötzlich viel tiefer sein wird. Die Steuereinnahmen sind in den letzten sechs Jahren von 2017 – 2022 um CHF 6 Mio. gestiegen (plus 18 %). Der Bilanzüberschuss ist von CHF 5 Mio. auf CHF 15 Mio. gewachsen ist. Damit ergibt sich eine stetig steigende Reservebildung. Es ist per se nicht schlecht, wenn man mehr einnimmt als ausgibt. Man hat nun ein gutes Polster von CHF 22.5 Mio. Dies sind 11 Steuerzehntel. Im Bericht wird gerechnet, dass ein Steueranlagezehntel pro Jahr um CHF 100'000 steigt. Man wird immer mehr Steuern einnehmen. Wenn man dies auf den gewünschten Steuersatz von 1.60 rechnet, heisst das, dass man von den natürlichen und juristischen Personen CHF 1.6 Mio. mehr Steuern einnimmt. Bei den Liegenschafts- und Vermögenssteuern gibt es auch gewisse Formeln und auch da erwartet man eine stetige Steigerung. Die Steuereinnahmen werden in dieser Periode steigen von CHF 38.5 Mio. 2024 auf CHF 48 Mio. im Jahr 2029. Dies ist nicht so unrealistisch. In der gleichen Periode von 2017 – 2022 sind die Steuereinnahmen wie schon ausgeführt um CHF 6 Mio. gestiegen. Trotz einer Senkung um 0.5 Steuerzehntel würde der Fiskalertrag mittelfristig wieder steigen. Dies würde es ermöglichen, mit einem tieferen Umsetzungsgrad die anstehenden Investitionen zu finanzieren. Spiez soll stabile Steuern haben, deshalb wurde die Senkung moderat um 0.5 angesetzt. Die Gemeinde Spiez kann sich diese Steuerausfälle leisten. Die fehlende Million Franken pro Jahr wird relativ schnell durch den steigenden Fiskalertrag ausgeglichen. Sollte sich die Lage wider Erwarten verschlechtern, kann man die Steuern auch wieder erhöhen. Die SVP-Fraktion möchte hier festhalten, dass wenn der Budgetüberschuss und die finanzpolitische Reserve unter die früher einmal angestrebte CHF 10 Mio. fällt (5 Steuerzehntel), hilft man mit, die Steuern wieder zu erhöhen. Nun ist man in der Lage, eine solche Steuersenkung zu realisieren. Der Zeitpunkt für eine Steuersenkung ist deshalb richtig. Er bittet, die Motion zu überweisen und den Spiezerinnen und Spiezern zu ermöglichen, über die Höhe des Steuersatzes abzustimmen.

Fraktionssprecher

Branka Fluri (SP): Es ist wohl allen klar, dass die SP-Fraktion gegen die Überweisung der Motion ist. Es ist nicht verantwortungsvoll und der Gemeinderat hat alle Argumente bereits dargelegt. Insofern ist alles gesagt.

Simon Schneeberger (FS/GLP): Die FS/GLP-Fraktion unterstützt die Argumentation des Gemeinderats und beantragt die Wahlkampfmotion abzulehnen.

Dario Frey (EVP): Die EVP-Fraktion beantragt, die Motion nicht anzunehmen und dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Argumente.

Andrea Frost-Hirschi (FDP): Es war das erste Mal, dass sie gehört hat, dass Wahlkampf etwas Negatives sein soll. Bisher war sie stolz darauf, in einem Land zu leben, wo man wählen und gewählt werden kann. Im Februar des letzten Jahres hat die FDP-Fraktion einen Vorstoss eingereicht, dass der Gemeinderat prüft, ob es Möglichkeiten von steuerlichen Entlastungen von Bürgerinnen und Bürgern und dem Gewerbe in Spiez gäbe. Dem Berner Oberländer wird für die Geschichtsschreibung gedankt. Man hat dies damals, ohne gross darüber zu diskutieren, versenkt. Sie glaubt, dass dies ein Fehler war. Man hat bei der Abstimmung über die Liegenschaftssteuern gesehen, dass vielleicht nicht immer alle Anwesenden hier so genau wissen, was die Stimmberechtigten genau wollen. Man ist sich einig, dass man nicht nur dort lebt, wo man wenig Steuern bezahlt. Dies kann man sich gegenseitig attestieren, sonst wäre man nicht hier. Die Steuereinnahmen in der Gemeinde Spiez steigen stetig. Ungeachtet was heute entschieden wird, steigen diese so oder so. Die Investitionen bis 2029 in der Höhe von CHF 60 Mio. sind nie alle umsetzbar. Dies nicht, weil die Verwaltung nichts macht. Es liegt in der Natur der Sache, dass man nie alle Investitionen realisieren kann, welche geplant sind. Dies ist Fakt. Die steuerliche Belastung im Kanton Bern ist vor allem bei den unteren Einkommen sehr hoch. Sie hat sich sehr gefreut, dass die kantonale Finanzdirektorin speziell darauf eingeht. Sie überlegt auch, wie diese Leute entlastet werden können. Im Kanton Bern bezahlt man einfach zu früh zu viel Steuern. Wenn plötzlich das Einkommen massiv sinkt (Scheidung, Pensionierung etc.) bezahlt man mehr als in anderen Kantonen. Wir vertreten hier alle Bürgerinnen und Bürger und diese sind von diesen Belastungen betroffen. Es geht nicht darum, Spitzenverdienende zu entlasten. Es sollen alle, aber vor allem diejenigen mit tieferem Einkommen, entlastet werden. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Fakten dafür sprechen eine verantwortbare Möglichkeit zur Entlastung der Steuerzahlenden im jetzigen Zeitpunkt zu ermöglichen. Es ist keine unverantwortliche Sparübung, welche zu Gunsten von Einzelnen durchgeboxt werden soll. Es hat auch nichts mit Wahlkampf zu tun. Abgesehen davon ist Wahlkampf nicht unehrenhaft. Die Substanz in der Gemeinde ist vorhanden und es wäre im jetzigen Zeitpunkt angebracht, eine Steuersenkung ernsthaft anzugehen.

Andreas Grünig (SVP): Ein Kompliment geht an die Abteilung Finanzen und die Finanzvorsteherin. Sie leisten exakte, zuverlässige Arbeit und tragen Sorge zu unseren Steuergeldern. Dies ist unbestritten. Man hat auch grosses Verständnis, dass der Gemeinderat hier lieber mit gefüllten Kassen regiert und deshalb der Motion kritisch gegenübersteht. Auch das jeweils defensive Budget kann nachvollzogen werden. Der GGR als Legislative sollte sich wichtige Fragen zur Zukunft der schönen Gemeinde Spiez stellen. Hier geht er in die gleiche Richtung wie die Vorrednerin. Von den zwei kurzen Voten zeigt er sich enttäuscht und erstaunt, wie schnell dieses Thema abgehakt wird. Es ist eine entscheidende Sache, welche hier beschlossen wird. Man sollte die Vor- und Nachteile schon ein wenig gegenseitig abwägen. Zu seiner Frage: «Wollen wir eine attraktive, einladende und wohnenswerte Gemeinde sein und bleiben unter dem Aspekt der Steuern. Sicher ja, das wollen wir alle. Benötigt es dazu einen Bilanzüberschuss von CHF 15 Mio. Dies wird nun bereits etwas schwieriger zu beantworten.» Zusammen mit den finanzpolitischen Reserven von CHF 7.5 Mio. hat man CHF 22.5 Mio. Steuergelder auf Vorrat. Er mag sich erinnern, dass man 2007 CHF 5 Mio. hatte und dannzumal CHF 10 Mio. gefordert. Dies hat man mittlerweile mehr als erreicht. Man will viel lieber mit einer Motion eine moderate Steuererleichterung etwas für die Gemeinde, die Bevölkerung und das Gewerbe tun. Die Attraktivität der Gemeinde soll gesteigert werden. Da denkt er nicht nur im baulichen, sondern auch im finanziellen Sinn. Es ist nicht so, dass man kein Geld mehr hätte. Man spricht von einem halben Prozentpunkt. Dies macht ungefähr CHF 1 Mio. aus. Es wurde bereits erwähnt, dass dies so oder so in den nächsten Jahren wettgemacht wird. CHF 1 Mio. entspricht 2.6 % der Steuereinnahmen. Man spricht hier von relativ wenig. Bei den Vorvoten in den früheren Traktanden könnte man meinen, dass man kaum mehr Geld hat, um Investitionen zu tätigen. Als man über die Senkung der Liegenschaftsteuer gesprochen hat, wurde der SVP vorgeworfen, dass man nur etwas für die Grundeigentümer gemacht hat. Hier hat man nun die Gelegenheit,

einen wesentlichen Beitrag für alle Steuerzahlenden zu leisten. Zurück zur Attraktivität von Spiez. Der Gemeinderat schreibt, dass die Gemeinde Spiez im Vergleich zu anderen Gemeinden im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental gut dastehen. Mit was soll man sich vergleichen? Man muss sich doch mit strukturell ähnlichen Gemeinden vergleichen. Hier einige Beispiele von vergleichbaren Gemeinden: Steffisburg 1.62, Oberhofen und Konolfingen 1.59, Münsingen 1.58, Hilterfingen 1.55, Belp 1.34. Dies sind nur einige Beispiele, welche zu denken geben sollten. Man soll deshalb den Schritt zu einer moderaten Steuersenkung wagen. Gerade mit dem Hintergrund, dass man bei einer nötigen Steuererhöhung auch wieder zustimmen würde. Die Spiezer Bevölkerung wird dies dankend annehmen. Die SVP-Fraktion bittet aus den vorerwähnten Gründen, die Motion zu unterstützen und den Antrag des Gemeinderats abzulehnen.

Benjamin Ritter (Grüne Spiez): Die Fraktion der Grünen Spiez finden die Ausführungen des Gemeinderats nachvollziehbar und wird die Motion ablehnen.

Allgemeine Diskussion

Ulrich Zimmermann: Das Geld erhitzt naturgemäss die Gemüter, deshalb will er hier über Fakten sprechen. Vor einiger Zeit wollte der Gemeinderat mit Finanzvorsteherin Ursula Zybach die Steuern erhöhen. Der Tenor war, dass es der Gemeinde nicht gut gehe, wenn man dies nicht bewilligt. Zum Glück konnte hier der GGR mit vereinten Kräften dieses unnötige Vorhaben ablehnen. Trotz Schwarzmalerei seitens des Gemeinderats ist die Gemeinde nicht geschwächt worden. Im Gegenteil, dank sorgfältigem Umgang mit den Steuergeldern und wachsendem Steuerertrag, steht die Gemeinde heute finanziell gut da. Man kann es drehen und wenden wie man will, die Gemeinde Spiez hat in den letzten Jahren mehr Geld eingenommen als ausgegeben. Es steckt natürlich keine Absicht dahinter und die Finanzvorsteherin hat immer klar ausgeführt und Weisungen erteilt, dass das Budget möglichst genau sein sollte. Man weiss auch, dass das Ausgeben von bewilligten Geldern aus verschiedenen Gründen gar nicht so einfach ist. Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde, Steuern auf Vorrat einzunehmen. Das Geld gehört den Steuerzahlenden. Nun ist der Zeitpunkt optimal. Für die Steuerzahlenden steigen die Kosten, hohe Mietzinse, Krankenkasse und vieles mehr. Hier kann Spiez ein Zeichen setzen mit einer moderaten Senkung, als Entgegenkommen und Dankeschön an alle Steuerzahlenden. Das Stimmvolk hat sich klar dafür ausgesprochen, dass Spiez aus den Liegenschaftssteuern mehr Einnahmen hat und das trifft auch zu. Aber eben moderat, deshalb hat es die Senkung des Steuersatzes gebraucht. Zudem gibt es mit der Vermögenssteuer auch mehr Einnahmen. Nun wieder das Gleiche, wie bei der Steuererhöhung. Der Gemeinderat führt aus, dass das gar nicht geht. Die Parteien der SP, der Grünen, der Mitte, der FS/GLP und der EVP haben zum Teil mit nicht ganz sachlichen Argumenten gegen die Initiative gekämpft, aber die Rechnung ohne die Stimmberechtigten gemacht, welche genau gesehen haben, dass es für die Gemeinde nicht weniger, sondern mehr Einnahmen gibt. Aber eben moderat, mit Rücksicht auf jene, die die Steuern bezahlen müssen. Es stand der Vorwurf im Raum, man mache Klientelpolitik. Deshalb sollten diejenigen, welche das gesagt haben, dieser moderaten Senkung zustimmen. Sie dient der Bevölkerung. Es ist unbestritten, dass Politiker gerne Geld ausgeben. Es ist ja nicht ihr Eigenes und man kann die Wählenden bei Laune halten. Das wissen alle hier und ist einfach so. Die SVP will eine Mehrzweckhalle bauen, die SP will Stühle aufstellen, die Grünen wollen alle Gemeindeligenschaften bis 2040 auf netto Null bringen und der Gemeinderat will für Millionen ein pädagogisches Zentrum bauen und für weitere Millionen die Kernzone umgestalten. Man muss jedoch vor allem folgende Aufgaben lösen. Vorhandene Infrastrukturen, wie Schulen, Strassen usw. unterhalten und sanieren und nur dort wo nötig ausbauen. Weiter hat man für die Sicherheit zu garantieren, wie die Feuerwehr, Gemeindepolizei oder die soziale Sicherheit. Schule, Kultur und Sport müssen auch sein und natürlich auch unser Werkhof. Für all das benötigt man Menschen und materielle Ressourcen. Was freiwillig ist und nicht durch die Gemeinde erbracht werden muss, ist ein pädagogisches Zentrum oder die Umgestaltung der Kernzone für Millionen. Freiwillig ist auch, die Liegenschaften der Gemeinde bis 2040 auf netto Null zu bringen. Man kann, aber man muss nicht. Dieser Entscheid ist ein Beispiel des Parlaments, wo etwas beschlossen wird, was gar nicht umsetzbar ist. Weder technisch, finanziell, zeitlich noch personell. Es ist

bedenklich, wenn das Parlament solche Beschlüsse fasst, dies ist nicht seriös. Die Gemeinde ist ein Vorbild, wenn es um energetische Massnahmen bei Gebäuden geht. Da werden keine zusätzlichen Massnahmen benötigt. Nachdenklich stimmt ihn auch, dass nach der Sanierung der WC-Anlage im Schulhaus Hofachern im Jahr 2022 die teilweise neuerstellten Urinals abgedeckt wurden, damit sie nicht benutzt werden konnten. Also neu gebaut und nicht in Gebrauch. Es geht nicht, wenn man viel Geld ausgibt für etwas, das nicht genutzt wird. Den Grund möchte er nicht erwähnen, das ist ein Kapitel für sich, welches man dann auch noch diskutieren muss. Spiez hat sehr viel Geld zur Verfügung und die Begehrlichkeiten sind da. Deshalb ist es gut, wenn man der Politik moderat den Geldhahn zudreht, so dass sich die Politiker auf das Notwendige und Wesentliche konzentrieren können und nicht übermütig werden. Fazit: Man kann mit gutem Gewissen dieser moderaten Steuersenkung zustimmen. Der Geldhahn wird nicht «abgemurkst». Im Gegenteil, die Steuereinnahmen werden weiterhin zunehmen. Wie schon erwähnt, könnte man auch bei Bedarf die Steuern wieder erhöhen.

Beschluss (mit grossem Mehr)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderats
- gestützt auf Art. 28 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats

beschliesst:

Die Motion wird nicht überwiesen.

NAMENS DES GEMEINDERATES

Die Präsidentin

Die Sekretärin

J. Brunner

T. Brunner

Geht an

-